

Seilziehen um die Finanzierung der Schulen ist lanciert

Kanton und Gemeinden im Clinch Der Baselbieter Landrat beauftragt die Regierung, die Gemeinden mit einer Neuregelung der Zuständigkeiten für die Kindergärten und Schulen zu stärken.

Thomas Dähler

Der Verfassungsauftrag Gemeindestärkung (VAGS) soll auch bei den Kindergärten und Primarschulen umgesetzt werden: Der Landrat hat am Donnerstag mit 80 zu null Stimmen den Regierungsrat beauftragt, ein VAGS-Projekt zu initiieren, das die Trägerschaftsaufgaben und deren Finanzierung neu regelt.

Mit der deutlichen Zustimmung zum Beschluss der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission dürfte vorgespart sein, dass die Abgrenzung der Zuständigkeiten für die Schulen zwischen Kanton und Gemeinden verändert wird.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Mitte letzten Jahres hatte die Tagssatzung der Gemeinden entschieden, vom Kanton eine stärkere Mitfinanzierung der Personalkosten für die Gemeindeschulen zu verlangen. Der Landrat hat in der Folge drei Vorstösse von Miriam Locher (SP), Béatrix von Sury (Mitte) und Andreas Dürr (FDP) überwiesen, welche das Ziel verfolgen, Trägerschaft, Finanzierung und Weiterentwicklung des Kindergartens, der Primarschulen sowie der Musikschulen neu zu regeln. Der Regierungsrat reagierte darauf mit dem Entwurf von sechs möglichen Modellen.

Mittelweg gesucht

Damit daraus auch wirklich ein Projekt wird, hat der Landrat am Donnerstag ergänzend und im Sinne der Kommission ein kon-



Klares Signal: Der Landrat will Kompetenzen für Kindergärten und Primarschulen neu ordnen. Foto: Pino Covino

kretes Projekt unter Einbezug der Gemeinden im verabschiedeten Entscheid verankert.

«Die Neugestaltung wird komplex und aufwendig sein», hielt Kommissionspräsident Pascal Ryf (Mitte) Rat fest. Es gehe darum, einen Mittelweg zwischen den Zielen der Chancen-

gleichheit in der Bildung und der Stärkung der Gemeindeautonomie zu finden, wie sie inzwischen in der Verfassung steht.

Von den sechs vorgeschlagenen Modellen hat die Kommission schon zwei beerdigt: Kindergärten, Primarschulen und Musikschulen sollen weder vollständig

in die Zuständigkeit des Kantons noch vollständig in diejenige der Gemeinden fallen. Gesucht wird ein Kompromiss, der Kompetenzen und Finanzverantwortung in Teilbereichen der jeweils gleichen Staatsebene zuordnet.

Möglicherweise führe die Projektarbeit zu einem Modell Num-

mer sieben, heisst es im Bericht der Bildungskommission. Heute bestehende Fehlanreize sollten behoben werden, sagte Ryf. Stefan Degen (FDP), Präsident der Finanzkommission, die einen Mitbericht zur Vorlage verfasst hat, erklärte, nach dem Willen seiner Kommission müsse die Verbesserung der Bildungsqualität im Vordergrund stehen. Die Finanzströme seien erst nachher entsprechend den Kompetenzen anzupassen. Komplette Lösungen werde sich der Zielkonflikt aber nicht.

Gemeinden bleiben Träger

Aus den Beratungen der Bildungskommission geht hervor, dass der Kanton vermutlich weiterhin die Besoldung der Lehrkräfte festlegen und einige Infrastrukturstandards vorgeben dürfte. In der Frage der Kasse, die die Entlohnung der Lehrkräfte vornehmen soll, steht zur Diskussion, dass dies die Kantonskasse künftig über Pauschalen pro Schülerin oder Schüler übernehmen könnte. Nicht infrage gestellt ist aber, dass die Gemeinden weiterhin Träger der Kindergärten, Primarschulen und Musikschulen bleiben.

Offen ist, wie Kommissionspräsident Ryf ausführte, ob heutige Fehlanreize bei der ungleichen Finanzierung der speziellen Förderung durch die Gemeinden und der Sonderschulung durch den Kanton behoben werden können. Einig war sich die Kommission, dass eine Neuregelung dazu führen wird, dass der Finanzausgleich neu geregelt und je nachdem auch der Steuerschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden angepasst werden muss.